

## **Stellungnahme des Landesverbandes Soziokultur Sachsen e. V.**

zu den Haushaltskürzungen im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) für das Haushaltsjahr 2010

Der Landesverband Soziokultur Sachsen ist Fachverband und Interessenvertretung für Soziokulturelle Einrichtungen und Initiativen in ganz Sachsen. Er ist anerkannter freier Träger der überörtlichen Jugendhilfe sowie auch Träger für das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur bzw. der Soziokultur. Gegenwärtig bewirtschaftet der Verband 23 Freiwilligenplätze. Unter dem Dach des Landesverbandes vereinen sich 52 Mitgliedseinrichtungen, die überwiegend anerkannte freie Träger der Jugendhilfe sind. Diese agieren an den Schnittstellen von Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit.

Die Soziokulturellen Einrichtungen schaffen durch ihre Schnittstellenfunktion (Jugend-, Kultur-, Bildungs-, Sozialarbeit) besondere Zugänge zu Kunst und Kultur. Der Landesverband wirkt ebenso interdisziplinär an diesen Schnittstellen, wodurch ihm eine besondere Rolle in der Trägerlandschaft der Jugend- und Kulturverbände zukommt. Der Wettbewerb „Heimat (er)finden!“, welcher 2008 und 2009 durch das SMS gefördert worden ist, ist nur eines von vielen Beispielen für jugendkulturelle Leistungen im Bereich der Soziokultur.

### **Die Kürzungen im Ressort des Sächsischen Sozialministeriums treffen die Mitgliedseinrichtungen des Verbandes in mindestens doppelter Hinsicht:**

Viele unserer Einrichtungen sind – wie der Verband selbst – auf öffentliche Mittel aus dem Sozial- und Kulturhaushalt angewiesen. Schon jetzt zeigen sich auf örtlicher Ebene die Auswirkungen der Kürzung der Jugendpauschale um knapp 30 Prozent pro Kind bzw. Jugendlichen. Einige der Mitgliedsvereine wie zum Beispiel die KulturFabrik Hoyerswerda e. V. mussten bereits massive Einschnitte im Kinder- und Jugendbereich aufgrund der Kreisgebietsreform hinnehmen. Ein weiteres Absenken der Mittel könnte hier zum Aus für den Jugendbereich führen. Ein anderes Beispiel ist die Stadt Chemnitz. Hier konnten die freien Träger der Jugendhilfe erst kurz vor Bekanntgabe der Kürzungen dramatische Auswirkungen auf kommunaler Ebene ausgleichen.

### **Die Absenkung der Jugendpauschale ist in Anbetracht des demographischen Wandels und der Abwanderungsbewegungen kontraproduktiv und sozialpolitisch fahrlässig.**

Das Freiwillige Soziale Jahr im Kulturbereich ist seit 2004 ein Geschäftsfeld des Landesverbandes und damit auch vieler unserer Mitgliedseinrichtungen. Das Bildungs- und Orientierungsjahr bietet jungen Frauen und Männern ein vielfältiges Spektrum an Experimentierfeldern sowie zur beruflichen Orientierung. Die Einsatzstellen begleiten die Freiwilligen intensiv und fördern ihre Persönlichkeitsentwicklung. Im Austausch erhalten die Einsatzstellen engagierte Unterstützung bei ihren Arbeitsabläufen sowie innovative Ideen der jungen Freiwilligen.

gen. Dieses Arbeitsfeld droht nun wegzubrechen. Damit würde jungen Frauen und Männern der Zugang zu diesem wertvollen Übergangsjahr erschwert bzw. versperrt. Den Einrichtungen wie beispielsweise dem Alten Gasometer e. V. in Zwickau mit derzeit 4 Freiwilligenstellen droht der Verlust eines bedeutenden Engagementbereiches. Soziokultur lebt von freiwilliger Betätigung und der Basisarbeit mit jungen Frauen und Männern.

Eine Reduktion von bisher 1111 auf 500 Freiwilligenplätze pro Durchgang konterkariert die allgemein propagierte Bedeutung des freiwilligen, vor allem jungen Engagements. Für die jungen Männer und Frauen und für die Einrichtungen, die auf freiwilliges Engagement setzen, sind hier eklatante Einschnitte geplant, die ganz sicher auch zu einer Ausdünnung der Trägerlandschaft führen werden. Besonders schwer wiegt, daß die Umsetzung der Einsparvorgaben unklar bleibt, gleichwohl die Träger sich im laufenden Bewerbungsverfahren für den nächsten FSJ-Durchgang befinden. Damit bringt der Freistaat die Träger in existentielle Bedrängnis.

**Die Kürzungen im Ressort des Sächsischen Sozialministeriums treffen den Verband in mindestens doppelter Hinsicht:**

Für den Verband könnten die Kürzungspläne im FSJ/FÖJ den Verlust einer Personalstelle und damit eines gesamten Arbeitsfeldes bedeuten. Gegenwärtig werden 20 Freiwilligenplätze bezuschusst. Keinen einzigen können wir entbehren, da die Ausfinanzierung des FSJ schon mit 20 Plätzen jedes Jahr ein wirtschaftlicher Balanceakt ist.

Die Einsparungen im Bereich der überörtlichen Träger nötigen den Verband im laufenden Haushaltsjahr dazu, für die Personalstelle der Jugendbildungsreferentin einen erhöhten Anteil an Eigenmitteln aufzubringen. Erschwerend kommt das Ausbleiben finanzieller Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen hinzu. Für 2011 ist der Erhalt der Personalstelle und damit dieses Arbeitsfeldes noch gänzlich unklar.

**Die Umsetzung der Kürzungen erfolgte weder trägerspezifisch noch fachlich begründet:**

In der überörtlichen Jugendhilfeplanung von 2010 bis 2014 sind die Bedeutung sowie auch die Notwendigkeit der reichhaltigen Trägerlandschaft auf überörtlicher Ebene festgeschrieben. Die Umsetzung des Planungs- und Steuerungsinstrumentes *Jugendhilfeplanung* scheint vor allem am fehlenden politischen Willen für eine fachlich begründete Jugendpolitik zu scheitern. Ebenso verhält es sich mit dem 3. Sächsischen Kinder- und Jugendbericht, der offenbar von den Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen wird. Mit besonderem Verweis auf die Bedeutung des Übergangsmagements z. B. von Schule in Beruf fordern wir die Rücknahme der Kürzungen.

Die Umsetzung der Kürzungen erfolgt weder trägergenau noch liegen ihr fachliche Einschätzungen zu Grunde. Die Rechtmäßigkeit des Verfahrens ist also ausdrücklich anzuzweifeln. Der Freistaat generiert einen geradezu katastrophischen Handlungsdruck, der mit Hand-

lungsschwerpunkten und Haushaltsentscheidungen in anderen Politikbereichen nicht korrespondiert.

Der Freistaat sieht sich zudem ganz offensichtlich nicht in der Pflicht, die Träger zeitnah und umfassend über die Kürzungen zu informieren und schränkt somit deren Handlungs- und Reaktionsmöglichkeiten ein. Wir fordern den direkten und zeitnahen Dialog mit den Trägern und die Einhaltung der gesetzlich formulierten Beteiligungspflicht gemäß § 80 SGB VIII. In diesem Zusammenhang erscheint es überdies dringend notwendig, die Rolle des Landesjugendamtes als Fachbehörde zu klären. Die Entkoppelung von Fachaufsichts- und Bewirtschaftungsbehörde durch die Einbindung des Kommunalen Sozialverbands Sachsen sollte eingehend überprüft werden.

### **Die Kürzungen erscheinen in zweierlei Hinsicht unverhältnismäßig:**

Die veranschlagten Einsparungen von über 14 Millionen Euro werden hauptsächlich bei so genannten „freiwilligen Leistungen“ angesetzt, wobei darauf hinzuweisen ist, dass es sich hierbei um keine vom SGB VIII explizit vorgegebene Unterscheidung in pflichtige und freiwillige Leistungen im Jugendbereich handelt.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz ist ein Leistungsgesetz, dessen Anwendung weder unter Finanzvorbehalt steht, noch eine Prioritätensetzung der Leistungen vorsieht. Es scheint vielmehr am politischen Willen für Jugendarbeit in Sachsen zu scheitern. Die Kürzungen werden in der Folge massive Einschnitte in den Basisstrukturen der Jugendhilfe nach sich ziehen, sei es auf örtlicher oder überörtlicher Ebene. Vor allem die vielseitige Angebotsstruktur für Kinder und Jugendliche in der offenen Jugend- und Kulturarbeit ist gefährdet und mit ihr das Recht jedes Kindes und jedes Jugendlichen auf die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Dienstleistungen und Trägern zu wählen (vgl. § 5 SGB VIII, Abs. 1).

Es ist unverständlich und vor allem nachfolgenden Generationen gegenüber fahrlässig, mit welchem Aufwand die Sächsische Staatsregierung die Neuverschuldung verhindern und die Schuldentilgung vorantreiben will. Dies konterkariert geradezu die proklamierte Generationengerechtigkeit, weil wir damit unseren Kinder und Jugendlichen das Hineinwachsen in die Gesellschaft erschweren. Dies wiegt mindestens genauso schwer wie der Umgang mit finanziellen Hypotheken, die durch unsachgemäße Haushaltspolitik erzeugt wurden.

**Wir fordern die Sächsische Staatsregierung zu einer Rückkehr zu Maß und inhaltlicher Bewertung von Ausgaben auf sowie zu einer Politik, die Generationengerechtigkeit tatsächlich ernst nimmt. Eine Politik leerer Parole und des Rasenmäheraktionismus paßt nicht zum gewachsenen Selbstbewußtsein unseres Landes und seiner Bürger/innen. Die gegenwärtige Hilflosigkeit und Kommunikationsschwäche auf Landesebene sind beschämend.**

Dresden, 17. März 2010